

Inhalt

Vorwort	8
Konturen	13
Das Bild der Türkei in Deutschland	13
Drei Länder in einem	16
Die Türkei und der Islam	19
Das Militär	22
Der Alltag	25
Die »neue Türkei«	36
Der unaufhaltsame Aufstieg des Recep Tayyip Erdoğan	36
Die Reformphase	38
Die Kampfphase	41
Die Machtphase	44
Der Kampf innerhalb des konservativ-islamischen Lagers	47
Porträt: Fethullah Gülen und seine Bewegung	52
Vom politischen Führer zum neuen Sultan	57
Der Putschversuch	59
Porträt: Recep Tayyip Erdoğan – der Mann und seine Idee	60
Wer wählt Erdoğan? Und warum?	64
Die Kurden	67
Das kurdische Erwachen	67
Die innere Entwicklung der PKK	72
Die staatliche Politik gegenüber den Kurden	74

Die Zeit relativer Entspannung	77
Das Scheitern der Verhandlungen	79
Die Rückkehr des Krieges	85
Porträt: Abdullah Öcalan – Staatsfeind Nummer 1	89
Land und Leute	94
Klima	94
Landschaft und Kultur	98
Politisches System	101
Wirtschaft	105
Türken und Europa, Türken und Deutsche	110
Gemeinsamkeiten in der Geschichte	110
Das Osmanische Reich	113
Die Jungtürken und die deutsche Karte	118
Die Deutschen und die Armenische Frage im Osmanischen Reich	122
Die Republik	131
Deutsche Migranten in der Türkei	134
Die moderne Türkei und der Westen	137
Einwanderer – Irrwege deutscher Integrationspolitik	141
Christen in der Türkei	148
Nichts geht über die Familie	155
Frauen, Familie, Schule, Universität	155
Die 10 000-Dollar-Barriere	161
Kinder als Reichtum der Gesellschaft	165
Die Schule	168
Fast jeder will an die Universität	172
Arbeit, Gesundheit, Rente	175
Arbeitsbedingungen wie im Frühkapitalismus	175
Die türkische Gewerkschaftsbewegung	178

Soziale Absicherung	183
Kranksein in der Türkei	184
Türkisches Freizeitvergnügen	187
Picknick und Geselligkeit	187
Vom Basar zum Shoppingcenter	189
Leben für den Fußball	191
Autoliebe	194
Die Meyhane – Wo Politik und Essen zusammenfallen	195
Geheimnisse der türkischen Küche	197
Medien und Kultur	200
Zensur bei Zeitungen und Fernsehen	200
Der Buchmarkt und die Literatur	205
Film	208
Musik	213
Malerei, Museen, Galerien	216
Deutsche Archäologen und das kulturelle Erbe	220
Anhang	
Nützliche Informationen	223
Karte	228
Basisdaten	230
Über den Autor	231

Konturen

Das Bild der Türkei in Deutschland

Erdoğan, Erdoğan, immer wieder Recep Tayyip Erdoğan. Es gibt in den deutschen Medien kaum einen Beitrag über die Türkei, in dem der türkische Präsident und Langzeitherrscher nicht auftaucht. Und das in zunehmend düsteren Farben. Galt er lange Zeit als Reformler und Garant für ein stabiles Wirtschaftswachstum, nähert er sich mittlerweile in der veröffentlichten Meinung in Deutschland den negativen Sympathiewerten seines russischen Kollegen Wladimir Putin an. Seit dem repressiven Vorgehen in der Folge des Putschversuches vom 15. Juli 2016 scheint Erdoğan der meistgehasste ausländische Staatschef überhaupt – vielleicht nicht ganz so gefürchtet wie Putin, schließlich ist die Türkei keine atomar bewaffnete Großmacht, aber mindestens genauso negativ wahrgenommen. Dafür gibt es gute Gründe, doch es schafft auch ein Problem: Die Türkei wird mehr und mehr mit Erdoğan gleichgesetzt. Das stimmt so natürlich nicht. Rund die Hälfte der Türcinnen und Türken lehnen Erdoğan vehement ab. Sie wollen für seine Politik nicht in Haftung genommen werden und erwarten eher, im Kampf um Demokratie von Europa unterstützt zu werden.

Kommt Erdoğan in der Wahrnehmung der Türkei an erster Stelle, folgen zumeist, quasi als Antipoden, die Kurden. Die größte ethnische Minderheit des Landes kämpft seit Jahrzehnten um mehr Anerkennung und Eigenständigkeit und wird deshalb zu Recht eher mit Sympathie als mit Ablehnung bedacht. Doch auch der langjährige Konflikt zwischen dem Staat und der kurdischen Minderheit ist nur ein Ausschnitt der Wirklichkeit.

Weniger eifrige Konsumenten von politischen Nachrichten denken bei der Türkei wahrscheinlich immer noch als Erstes an herrliche Strände und bezahlbare Hotels oder an İstanbul, der einzigartigen Metropole am Bosphorus, die mit ihrer langen Geschichte und ihrer spannenden kulturellen Mischung eine große Faszination ausübt. İstanbul ist zweifellos eine besondere Stadt, in der allerdings auch, wie in einem Brennglas, die Probleme des Landes fokussiert sind.

Nicht zuletzt zählen zum Wahrnehmungshorizont der Türkei auch die Türken von nebenan. Über viele Jahrzehnte waren die türkischen Einwanderer ja sogar prägend für das deutsche Bild von der Türkei, doch die Gleichsetzung mit den »deutschen Türken« nimmt erkennbar ab. Vermutlich weil die türkischen Einwanderer mittlerweile doch als etablierter Teil der deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden, vor allem angesichts der vielen neuen Einwanderungsgruppen, die andere Integrationsprobleme aufwerfen, als es die eingedeutschten Türken noch tun. Trotzdem drohen innenpolitische Konflikte der Türkei immer wieder auch innerhalb der türkischen Diaspora in Deutschland zu schweren Konflikten zu führen. Das zeigte sich, als Erdoğan im Herbst 2015 die Militärkampagne gegen die PKK wiederaufnahm, und das zeigte sich noch deutlicher nach dem gescheiterten Putschversuch, als emotional aufgepeitschte türkische Bürger auf vermeintliche Putschisten in Deutschland losgehen wollten.

Nun ist Recep Tayyip Erdoğan, langjähriger Ministerpräsident und seit August 2014 auch Präsident des Landes, sicher eine eminent wichtige Figur. Seit dem Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk hat kein anderer Politiker das Land so stark geprägt wie Erdoğan. So wie Atatürk maßgebend für die Entstehung und Gestaltung der türkischen Republik nach dem Ende des Osmanischen Reiches war, ist Erdoğan nun der Begründer und Gestalter einer »neuen Türkei«, wie er selbst sagt, einer Türkei, die die bisherige Republik wieder näher an die osmanische Geschichte an-

schließen und in eine angeblich moderne »islamische Republik« transformieren soll.

Doch Erdoğan ist nicht alles, und die zunehmend um sich greifende Haltung bei politisch interessierten Deutschen, die Türkei zu meiden, solange Erdoğan regiert, ist schlecht: Sie wird dem Land und seinen Bewohnern nicht gerecht und schadet auch den Beziehungen zwischen beiden Ländern. Gerade diejenigen, die sich gegen den zunehmenden Autoritarismus des Erdoğan-Regimes zur Wehr setzen, sind auf Unterstützung aus Europa angewiesen. Was könnte da besser sein, als sich vor Ort, im persönlichen Kontakt, zu informieren und sich mit den Menschen, die nach wie vor für Meinungsfreiheit, individuelle Menschenrechte und die Gleichberechtigung aller Ethnien einsetzen, persönlich zu solidarisieren? Doch auch ein ganz unpolitischer Badeurlaub sollte nicht als indirekte Unterstützung einer autoritären Regierung gewertet werden. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes. Das Auskommen von Millionen Menschen hängt davon ab. Wenn die ihren Job verlieren, hilft das der Demokratisierung des Landes sicher nicht. Denn die Idee, dass aus dem Leid der Massen der Fortschritt entspringt, hat sich bislang noch immer als Irrtum erwiesen. Und auch wenn die Türkei immer mehr zu einem letzten europäischen Außenposten an der Nahtstelle zum nahöstlichen Krisenbogen wird, ist das Land nicht gefährlicher als andere europäische Länder. Terroranschläge gibt es leider überall in Europa.

Das gilt zuallererst für Istanbul und die Ferienregionen am Mittelmeer. Allen Terrordrohungen und Islamisierungsversuchen zum Trotz, ist Istanbul die lebendige, quirlige Metropole geblieben, die sie seit Jahrzehnten ist. Zwar haben sich die Gegensätze im persönlichen Lebensstil verschärft, ist die Abgrenzung zwischen eher säkularen und eher religiösen, konservativen Stadtteilen deutlicher geworden, doch nach wie vor sind alle Lebensstile vorhanden und die wechselseitige friedliche Duldung funktioniert im Alltag trotz aller politischer Polarisierung wei-

terhin erstaunlich gut. İstanbul ist nach wie vor der Schmelztiegel der Türkei, die Metropole, in der Menschen aus allen Teilen des Landes mit den unterschiedlichsten religiösen Bekenntnissen und politischen Haltungen zusammenleben. Daran haben auch die heftigen Auseinandersetzungen im Jahr 2013 um den Gezi-Park im Zentrum der Stadt nichts geändert. Zwar hat die Erdoğan-Regierung die Massenproteste damals niederschlagen können, aber die Menschen, die sie getragen haben, sind noch da und ihr Widerspruchsgeist ist nach wie vor lebendig.

So wenig es der kemalistischen Partei Atatürks in den ersten 80 Jahren der türkischen Republik gelungen ist, aus der Türkei eine durchformierte säkular-nationalistische Gesellschaft zu machen, so wenig wird es Erdoğan und seiner islamischen AKP (Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt) gelingen, die Türkei durchgängig nach ihrem Bilde zu formen. Denn so wenig es den Kemalisten gelingen konnte, jahrhundertalte religiöse Traditionen auf Dauer zu unterdrücken, so wenig wird es der AKP in ihrem gesellschaftlichen Rollback nun gelingen, 80 Jahre laizistischer Weltanschauung und der dazugehörigen Orientierung an Europa vergessen zu machen. Ich bin mir sicher: Aus der Türkei ist kein orientalischer Staat mehr zu machen.

Drei Länder in einem

Das liegt nicht zuletzt auch an den großen geografischen, kulturellen und materiellen Unterschieden, die das Land prägen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum zwar von jährlich rund 4000 Dollar auf rund 10000 Dollar gestiegen, doch der Reichtum ist nach wie vor extrem ungleich verteilt. In İstanbul gibt es mehr Dollar-Milliardäre als in Hamburg oder München und gleichzeitig leben von den 15 Millionen Einwohnern mindestens ein Drittel in bitterer Armut. İstanbul ist darin ein getreuer Spiegel des Landes.

Ein Großteil des gesellschaftlichen und privaten Reichtums konzentriert sich auf den Westen des Landes. In İstanbul und der Marmara-Region bis hin zur südlich des Marmarameeres gelegenen ersten Hauptstadt des Osmanischen Reiches, Bursa, werden allein 50 Prozent des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet. Danach folgt der Großraum İzmir, ebenfalls ganz im Westen des Landes. Während der Westen boomte und die Mitte des Landes wenigstens einige ökonomische Leuchttürme vorweisen kann, stagnierte der Osten auch in den letzten zehn Jahren weitgehend.

Bis heute ist es eine verblüffende Erfahrung, sich in İstanbul in einen der gängigen Überlandbusse zu setzen und das Land von Westen nach Osten zu durchqueren. Wenn man in Van, nach 2500 Kilometern kurz vor der iranischen Grenze ankommt, hat man das Gefühl, nicht ein, sondern drei Länder durchquert zu haben. Es beginnt ganz komfortabel in İstanbul. Ist man erst einmal den Dauerstaus der Megametropole entronnen, fängt eine moderne, allen westeuropäischen Maßstäben standhaltende Autobahn nach Ankara an. Die Straße ist gesäumt von properen Autobahnraststätten und modernen Industrieparks. Doch ab Ankara ändert sich das Bild. Zwar ist in den letzten Jahren auch von Ankara aus in Richtung Osten viel Geld in die Infrastruktur geflossen, doch jenseits der Straßen entfaltet sich wie seit Jahrhunderten scheinbar unverändert das karge anatolische Hochland. Die Besiedlungsdichte nimmt stark ab, die Dörfer jenseits der großen Transportwege sind arm wie eh und je und haben zusätzlich damit zu kämpfen, dass die jungen Leute längst nach İstanbul, Ankara oder İzmir abgewandert sind. Trotz der Bemühungen der AKP-Regierung, die Städte in Zentralanatolien wirtschaftlich zu stärken, ist dies nur an wenigen Plätzen gelungen. Ein Beispiel für eine erfolgreiche wirtschaftliche Modernisierung ist Kayseri, die alte Römerstadt östlich von Kappadokien, die sich zu einem Zentrum der Möbel und Textilindustrie entwickelt hat.

Das andere Positivbeispiel, Gaziantep, noch weiter im Südosten, ist nach einer längeren Aufschwungphase aufgrund der

Nähe zum syrischen Kriegsschauplatz wieder in Schwierigkeiten geraten. Die für Gaziantep wichtigen Märkte in Syrien und im Irak sind weitgehend zusammengebrochen, stattdessen beherbergt die Stadt bei einer Million Einwohnern jetzt zusätzlich 400 000 syrische Flüchtlinge, von denen die meisten wohl auf Dauer dableiben werden.

Gaziantep gehört schon nicht mehr zur Zentralanatolischen Hochebene, liegt aber noch westlich des Euphrat. Hinter dem Euphrat-Strom beginnt dann das eigentliche Ostanatolien. Das Quellgebiet des Euphrats liegt nördlich von Erzincan, fast schon am Schwarzen Meer und der Fluss trennt damit nahezu über die gesamte Nord-Süd-Achse die Osttürkei von den übrigen Landes-teilen ab. Bis in die 1950er Jahre gab es noch nicht einmal eine Brücke über den Fluss, der wenige Verkehr zwischen dem Osten und dem Rest des Landes wurde über kleine Fähren und Flöße abgewickelt. Ganz so abgetrennt ist Ostanatolien heute nicht mehr, aber das Gebiet, fast so groß wie die alte Bundesrepublik, ist auch heute ein Land für sich. Im Südosten, entlang der syrischen und irakischen Grenze, lebt die kurdische Minderheit, im Nordosten, entlang der iranischen, armenischen und georgischen Grenze, dominiert ein Gemisch aus Türken, Lazen, Kurden und Resten der uralten armenischen Kultur.

Auch wenn die AKP hier ebenfalls in Straßen investiert hat und Städte wie Diyarbakır und Urfa mittlerweile auch Einkaufszentren und moderne Neubauviertel vorweisen können, ist der Osten doch immer noch das Armenhaus des Landes. Der jahrzehntelange Krieg gegen die kurdische PKK-Guerilla hat noch dazu beigetragen, dass in der Region praktisch kaum eine wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden hat. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt höchstens ein Drittel vom dem, über das die Einwohner im Westen verfügen.

Es bleibt der Eindruck eines dreigeteilten Landes: der reiche Westen, mit den touristisch erschlossenen Küsten an der Ägäis und dem Mittelmeer, das karge und von aller Welt vergessene,

bäuerlich-konservative Zentralanatolien, und der kurdisch besiedelte wilde Osten.

Viele Schauplätze, über die in den Medien aus der Türkei berichtet wird, befinden sich hier, im wilden Osten. Der kurdische Osten ist Frontstaat zum Irak und zu Syrien, Länder die seit Anfang der 1990er Jahre von Kriegen und Krisen erschüttert werden. Das türkische Kurdistan grenzt an die autonome kurdische Region im Nordirak und an die kurdisch bewohnte Region in Syrien, wo es den Kurden im Zuge des Bürgerkrieges ebenfalls gelang, eine provisorische Selbstverwaltung zu etablieren. Seit 1984 kämpft die PKK in der Türkei für einen eigenständigen kurdischen Staat, beziehungsweise für eine eigene, autonome Zone, wie im Irak und Syrien. Die Auseinandersetzungen zwischen den militanten Kurden und der türkischen Armee machen einen großen Teil der Türkeiberichte aus. Auch international berühmte Bücher türkischer Autoren wie Yaşar Kemal's *Memed mein Falke* und Orhan Pamuks *Schnee* spielen im Osten, so dass schon der Eindruck entstehen kann, die Türkei bestehe hauptsächlich aus Krisen und Kämpfen, wie sie sich im Osten abspielen. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass auch viele türkische Einwanderer nach Deutschland aus dem Osten des Landes kommen, versteht man, dass häufig dieses Konfliktgebiet mit dem Ganzen verwechselt wird.

Die Türkei und der Islam

Seit dem Aufstieg Erdoğan's und der von ihm dominierten AKP ist neben den Konflikten mit den Kurden das Verhältnis des Landes zum Islam, die Re-Islamisierung der Türkei, das zweite große Thema geworden. Viele Besucher wundern sich mittlerweile schon, dass nicht der Freitag, sondern immer noch der Sonntag der Feiertag der Woche ist, wo doch in den islamischen Ländern der Freitag der freie Tag für das Gebet sei. Doch die Türkei ist seit

Abschaffung des Kalifats in den 1920er Jahren des letzten Jahrhunderts eine säkulare Republik und hat seitdem auch die Zeitrechnung und die Wochentage an Europa angeglichen.

Tatsächlich hat der Islam seit dem Regierungsantritt der AKP Ende 2002 in der türkischen Öffentlichkeit jedoch kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Es begann mit dem Kampf gegen das bis dahin geltende Kopftuchverbot an Universitäten, Schulen und in der Justiz, setzte sich fort über die Durchsetzung der Fastenregeln während des jährlichen vierwöchigen Ramadan und hat heute ein Stadium erreicht, in dem eine öffentliche Ablehnung des Islams zwar nicht verboten, aber für Menschen, die in dem Land etwas werden wollen, doch höchst unziemlich ist. Trotzdem ist die Türkei immer noch eine säkulare Republik, in der Religionsfreiheit herrscht und der Staat sich theoretisch zu allen Glaubensbekenntnissen in derselben Distanziertheit verhalten soll. So wie in Deutschland das christliche Glaubensbekenntnis gegenüber anderen Religionen privilegiert ist, ist es in der Türkei der sunnitische Islam. Und während in der kemalistischen Zeit der Republik, vor allem in der ersten Phase nach der Republikgründung, die laizistische Haltung besonders hervorgehoben wurde, ist es jetzt genau umgekehrt. Die religiöse Haltung wird betont, der säkulare Teil der Gesellschaft steht zunehmend unter Druck.

Nach Gründung der Republik 1923 entschieden sich die damals dominierenden Militärs und Intellektuellen um Mustafa Kemal Atatürk, einen radikalen Bruch mit den Traditionen des Osmanischen Reiches zu vollziehen. Viele dieser Männer und Frauen stammten aus den westlichen Bezirken des Osmanischen Reiches oder hatten lange Zeit im westeuropäischen Exil gelebt. Aus ihrer Sicht hatte die starke Rolle des Islams im Osmanischen Reich entscheidend dazu beigetragen, dass das einstige Imperium den Anschluss an die moderne Zivilisation verloren hatte. Das neue Vorbild wurde das streng laizistische Frankreich. Als Erstes wurden das Kalifat und die Scharia als Quelle des Rechts abgeschafft und ein europäisch-modernes Zivil- und Strafrecht

an ihre Stelle gesetzt. Der Islam wurde zur Privatsache, und die führenden Kemalisten machten keinen Hehl mehr daraus, dass Religiosität ihrer Ansicht nach vor allem ein Zeichen mangelnder Bildung sei.

Statt Moscheen wurden Schulen gebaut, das arabische wurde durch das europäische lateinische Alphabet ersetzt und die osmanische Sprache, ein Gemisch aus türkisch-arabischen und persischen Wörtern, nach und nach durch ein modernes Türkisch ersetzt. Die Regierung führte die Schulpflicht ein, nicht nur für Jungen, sondern auch für Mädchen, das Land wurde in weiten Teilen alphabetisiert.

Dieser radikale Bruch mit den Traditionen und dem Denken der Vorväter führte zu massiven Abwehrreaktionen, die in mehreren bewaffneten, religiösen Aufständen gipfelten. Die Aufstände wurden militärisch niedergeschlagen, und der Laizismus wurde zu einer wichtigen Säule des öffentlichen Lebens erklärt. Doch trotz aller Bildungsanstrengungen blieben die religiösen Vorurteile und Traditionen vor allem auf dem Land lebendig. Während in den Städten im Westen die Modernisierung gelang, blieben Zentralanatolien und der Osten in einem vormodernen, religiösen und patriarchalischen Denken gefangen. Selbst massive Repressionen bis hin zum Militärputsch gegenüber Regierungen, die den Laizismus aufweichen wollten, konnten daran nichts ändern.

Dass jetzt schon seit eineinhalb Jahrzehnten die islamische AKP das Land regiert, hat neben vielen anderen Gründen damit zu tun, dass sich das Land-Stadt-Verhältnis in den letzten 30 Jahren massiv verändert hat. Lebten bis in die 1970er Jahre sieben von zehn Türken auf dem Land und nur drei in der Stadt, hat sich dieses Verhältnis mittlerweile umgedreht. Heute leben nur noch 30 Prozent der Türken auf dem Land und 70 Prozent in der Stadt. İstanbul hatte Mitte der 1960er Jahre 1,5 Millionen Einwohner. Heute sind es durch die enorme Binnenmigration der letzten Jahrzehnte 15 Millionen.

Etliche dieser Binnenmigranten leben bis heute in Stadtvier-

keln, die dominiert sind von anderen Einwanderern aus derselben Region. Das Dorf wurde quasi in die Stadt verlegt, die Traditionen des Landes blieben lebendig. Viele Einwohner İstanbuls fühlen sich noch heute nicht in erster Linie als İstanbuler, sondern als Menschen aus Tokat, Sivas, Erzurum oder von wo sonst ihre Familie in die Bosphorusmetropole eingewandert ist. Viele dieser Familien gehen jeden Sommer über Monate in ihr Dorf zurück, sie leben zwischen zwei Welten und halten zäh an ihren Traditionen und Glaubensbekenntnissen fest. Die meisten gehören auch in der zweiten oder dritten Generation in der Stadt noch zur ökonomischen Unterschicht, sie fühlen sich oft unterdrückt und als Menschen zweiter Klasse behandelt.

Aus genau dieser soziologischen Gruppe besteht die Wählerschaft der AKP. Recep Tayyip Erdoğan und die meisten anderen führenden AKP-Politiker kommen aus Familien, die in die großen Städte eingewandert sind, kulturell aber noch im Dorf verhaftet sind. So kommt Erdoğan's Familie aus dem östlichen Schwarzmeergebiet.

Erdoğan ist das Idol dieser Binnenmigranten. Da diese mittlerweile die größte Gruppe innerhalb der türkischen Bevölkerung stellen, ist die Wählerschaft der AKP sehr stabil. Das wird sich wohl erst dann ändern, wenn sich diese Gruppe durch die Aufstiegsmöglichkeiten, die ihnen die AKP-Regierung jetzt bietet, selbst wieder so weit ausdifferenziert hat, dass die gemeinsamen Interessen brüchig werden und verschwinden. Noch ist der Islam, die zumindest nach außen zur Schau getragene Frömmigkeit, der Kitt, der diese Gruppe zusammenhält. Doch auch unter den jetzigen, für die AKP immer noch sehr günstigen Bedingungen zeigt sich, dass rund die Hälfte der Bevölkerung die Versuche der Re-Islamisierung vehement ablehnen.

Das Militär

Traditionell war das Militär bis in die jüngste Vergangenheit in der Türkei ein entscheidender Machtfaktor. Das hatte historische Gründe: Führende Männer der frühen Republik wie Mustafa Kemal Atatürk und İsmet İnönü waren Militärs, bevor sie in die Politik gingen. Die Symbiose zwischen der herrschenden Republikanischen Volkspartei und dem Militär war so stark, dass Letzteres jederzeit bereitstand, die Politik der Einheitspartei notfalls auch gewaltsam durchzusetzen. Das änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, als in der Türkei, nicht zuletzt auf Druck aus den USA, das Mehrparteiensystem eingeführt wurde und bei den ersten freien Wahlen eine in Opposition zur Republikanischen Volkspartei stehende, konservative Gruppierung die Wahlen gewann. Fortan verstand das Militär sich als der eigentliche Hüter des Vermächtnisses von Atatürk und trat immer dann auf den Plan, wenn es dieses in Gefahr sah.

Insgesamt drei Mal putschte das türkische Militär in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegen eine gewählte Regierung. Doch anders als in Spanien, Portugal oder Griechenland wurden daraus keine langjährigen Militärdiktaturen. Stets zog das Militär sich in die Kasernen zurück, wenn es glaubte, die notwendige »Kurskorrektur« vollzogen zu haben. So übernahmen zwar immer wieder zivile Politiker die Regierung, doch die Drohung mit dem nächsten Putsch blieb permanent präsent. Die wichtigsten Entscheidungen fielen daher in einem dem jeweiligen Kabinett übergeordneten Gremium, in dem die Militärs dem Regierungschef und den wichtigsten Ministern sagte, wo es langgehen sollte.

Als die kurdische Arbeiterpartei PKK 1984 ihren bewaffneten Kampf für einen eigenen kurdischen Staat begann und damit über Jahre die politische Agenda des Landes bestimmte, wurde der Einfluss des Militärs sehr groß. Schließlich wurde es täglich gebraucht. So war denn auch die Verhaftung von PKK-Führer Abdullah Öcalan 1999 und der damit verbundene Rückgang der

Kämpfe im Südosten des Landes eine Voraussetzung dafür, dass Erdoğan ab 2003 die Macht der Militärs Schritt für Schritt beschränken konnte.

Die zweite Voraussetzung war die veränderte Weltlage seit 1989. Bis 1989 war die Türkei als Nato-Mitglied ein Frontstaat an der Grenze zur Sowjetunion. Für die USA und die anderen Nato-Verbündeten war die Militärführung der wichtigste Ansprechpartner in Ankara. Die Militärs konnten sich deshalb darauf verlassen, dass die Verbündeten sie im Falle eines Putsches unterstützen würden. Zwar sollte die Nato offiziell die demokratischen Staaten schützen, doch solange die Sowjetunion da war, konnte man schon einmal über kleinere Schönheitsfehler in wichtigen Mitgliedsländern hinwegsehen. Das änderte sich nach 1989 grundlegend. Seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums konnten die Militärs sich nicht mehr sicher sein, dass die USA ihnen im Falle eines Putsches die nötige Rückendeckung geben würden. Auch aus diesem Grund hat der letzte echte Putsch im September 1980 stattgefunden. In den 1990er Jahren versuchte das Militär seinen Einfluss zwar noch durch Putschdrohungen aufrechtzuerhalten und erzwang so 1996 auch noch einen Regierungswechsel, doch die Drohungen verloren an Wirkung, als immer deutlicher wurde, dass eine echte Machtübernahme wohl kaum noch denkbar war.

Die Erdoğan-Regierung hatte deshalb den Zeitgeist und auch den größten Teil der türkischen Liberalen, ja selbst weite Teile der türkische Linken auf ihrer Seite, als sie den Militärs den Kampf ansagten. Nach der Wiederwahl der AKP 2007 und dem so bewiesenen Rückhalt in der Bevölkerung, kippte das Machtgefüge zugunsten der Regierung Erdoğan. Was folgte, war eine für Europa beispiellose Abrechnung. Rund ein Drittel der hohen Offiziere der türkischen Armee wurden verhaftet und wegen unterschiedlicher angeblicher Umsturzversuche angeklagt und verurteilt. Damit war das Primat der Politik durchgesetzt und die Armee als politischer Machtfaktor weitgehend ausgeschaltet. Während früher

jedes Kind in der Türkei die Namen der Generalstabsmitglieder kannte, sind sie heute nur noch einem Fachpublikum geläufig.

Allerdings ist die Phase der Demütigung des Militärs langsam, aber sicher wieder vorbei. Seit der Krieg in Syrien für die Türkei immer bedrohlicher wird, und vor allem seit der Waffenstillstand mit der PKK 2015 beendet wurde, wird das Militär wieder gebraucht. Aus den Putschisten sind wieder die Helden und Märtyrer des Vaterlands geworden. Auch die in den Jahren 2008 bis 2010 teilweise zu lebenslangen Haftstrafen verurteilten Offiziere sind längst alle wieder auf freiem Fuß. Erdoğan hat sich mit dem Militär arrangiert, allerdings ist der Generalstab mittlerweile durchgängig mit seinen Anhängern besetzt und ihm gegenüber absolut loyal. Umso überraschender kam für Erdoğan, aber auch für die Mehrheit der Bevölkerung, der Putschversuch vom 15. Juli 2016. Er widersprach allen Regeln, die das türkische Militär bei vorangegangenen erfolgreichen Putschen stets beachtet hatte, und wurde deshalb auch zu einem Desaster. Fast 300 Tote waren durch diese verbrecherische Aktion zu beklagen – vor allem aber lieferte sie Staatschef Erdoğan die notwendige Legitimation, das türkische Militär noch einmal grundsätzlich umzubauen und seiner politischen Kontrolle zu unterstellen.

Damit dürfte der politische Einfluss des Militärs in der Türkei endgültig beendet sein. Im 21. Jahrhundert wird das Militär wohl nicht noch einmal denselben Einfluss gewinnen, den es im gesamten 20. Jahrhundert hatte.

Der Alltag

Doch Politik ist ja nicht alles im Leben. So spannungsgeladen die politischen Auseinandersetzungen sind, der normale Alltag ist für die meisten Menschen in der Türkei oft entspannter als in Deutschland. Das liegt hauptsächlich daran, dass man in der Regel unverkrampfter und zwangloser miteinander umgeht als

in den stärker durchorganisierten Gesellschaften des Westens. Das Problem der Vereinzelung, die Einsamkeit, unter der viele Menschen in Deutschland leiden, ist in der Türkei viel seltener. Das ist nicht unbedingt eine Mentalitätsfrage, wie oft vor allem von Türken unterstellt wird. Die Deutschen, so wird immer behauptet, seien einfach kühler, egoistischer, mehr auf ihren ganz persönlichen Vorteil bedacht als Türken, während die Türken doch quasi von Natur aus warmherzig, offen und an ihren Mitmenschen interessiert seien. Sicher gibt es tatsächliche Mentalitätsunterschiede zwischen dem »normalen« Türken und dem »durchschnittlichen« Deutschen, die entscheidenden Gründe für die Unterschiede im Alltag sind aber andere. Die türkische Gesellschaft ist einfach anders organisiert. Obwohl mittlerweile gut 75 Millionen Menschen die Türkei bevölkern und nach den Berechnungen der Bevölkerungsstatistiker das Wachstum auch noch zehn Jahre anhalten wird, funktioniert das ganze Land doch immer noch ein wenig wie eine große Familie.

Die sozialen Strukturen, in die die Menschen eingebunden sind, sind dichter als in Deutschland. Angefangen bei der Familie, über die Schule, Universität und den Arbeitsplatz bis hin zum Café an der Ecke, wo man den Lebensabend verbringt, sind Türken praktisch immer von sozialen Netzen umgeben und in sie eingebunden. Das hat Vor- und Nachteile. Man fühlt sich aufgehoben, wird aber gleichzeitig auch kontrolliert. Die Gesellschaft hat etwas Paternalistisches, nicht nur in der Familie im engeren Sinn, sondern auch, was das Leben im Wohnviertel und selbst das Verhältnis des Einzelnen zum großen Ganzen, wie den staatlichen Institutionen, angeht.

Das macht sich bis ins Gefängnis bemerkbar. Jenseits der immer wieder zu Recht angeprangerten Vernehmungsmethoden, die aber vor allem auf den Polizeistationen und nicht im normalen Justizvollzug vorkommen, geht es in den türkischen Haftanstalten (nicht in den Hochsicherheitsgefängnissen für politische Gefangene) relativ entspannt und weit weniger reglementiert als

in deutschen Knästen zu. Bis vor wenigen Jahren gab es in türkischen Gefängnissen praktisch nur Gemeinschaftszellen, in denen bis zu 20 oder 30 Häftlinge zusammengelegt wurden, die dann ihren Tagesablauf weitgehend selbst organisieren durften.

Dieses Familiäre in der türkischen Gesellschaft erzeugt einerseits einen angenehmen Wärmestrom, setzt aber auch voraus, dass die Hierarchien und Autoritäten anerkannt werden. Der gesamte Umgang der Türken mit ihrer Bürokratie basiert auf diesem Verhältnis. Jeder Beamte, ja jeder, der eine Uniform anhat oder einen Posten in der Bürokratie bekleidet, ist eine Respektperson. Derjenige, dem so Respekt gezollt wird, muss im Gegenzug aber auch ein offenes Ohr für die Leute haben. Es gibt zumeist komplizierte bürokratische Regeln, aber im Zweifel gibt es dann auch immer eine typisch türkische Lösung, wie man das Problem dennoch zur Zufriedenheit aller lösen kann. Dazu kann das berühmte Bak-schisch gehören, muss aber nicht. Man ist einfach etwas flexibel. Bestes Beispiel dafür ist der Hausbau in den türkischen Städten. Es gibt mittlerweile strenge Vorschriften, die den anarchischen Wildwuchs, der in den Großstädten von den 1950er bis in die 1980er Jahre dominierte, in geordnete Bahnen lenken soll. Dazu gibt es eine Stadtplanung nach westeuropäischem Vorbild, Bebauungspläne für einzelne Viertel und besondere Schutz-zonen, die für den Erhalt der historischen Bausubstanz sorgen sollen. Doch die Praxis sieht immer noch anders aus als der Plan. Weil die Genehmigungsbehörden überlastet sind und deshalb Verfahren Jahre dauern können, braucht man einen Architekten mit guten Beziehungen in die Behörde. Ist das Bauvorhaben im Prinzip unstrittig, hilft eine »Spende« zur Beschleunigung des Verfahrens.

Diese Art von Flexibilität hat dazu beigetragen, dass eines der größten Probleme des Landes, die bereits erwähnte enorme interne Wanderungsbewegung vom Land in die Städte, einigermaßen sozial bewältigt werden konnte. Seit Anfang der 1960er Jahre führten Bevölkerungswachstum und die zunehmende Mechanisierung in der Landwirtschaft dazu, dass immer mehr Men-

schen in ihren Dörfern keine Arbeit mehr fanden, auch weil der Landbesitz der Familie oft nicht mehr ausreichte, um alle Kinder mit einem eigenen Anteil auszustatten. Die Folge davon war, wie bereits oben erwähnt, eine Landflucht, die die Türkei völlig umkrempelte. Hinzu kam das Bevölkerungswachstum, sodass die Städte in den letzten 40 Jahren förmlich aus allen Nähten platzten. İstanbul war davon am stärksten betroffen – die Einwohnerzahl hat sich seit Mitte 1960er Jahre verzehnfacht, und ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht.

Der größte Teil dieser Millionen an Neuzugängen waren arme Bauernkinder, die auf dem Land keine Perspektive mehr hatten. Keiner der Einwanderer, die nach İstanbul kamen, hatte Geld, um sich in der Stadt eine Wohnung zu mieten oder sich gar etwas kaufen zu können. Stattdessen lebten sie in Hütten, die »über Nacht erbaut« (das ist die Übersetzung des türkischen Begriffs Gecekondu) wurden und sich in illegale Slumsiedlungen einreiheten, die 1983 bereits mehr als die Hälfte aller Wohnbehausungen in İstanbul ausmachten. Das Mirakel der Stadt ist, dass es heute trotz anhaltender Binneneinwanderung nirgendwo mehr ausge dehnte Slumgebiete gibt und die Gecekondu-Kultur bereits Folklore geworden ist.

Bewältigt wurde dieses enorme Problem durch Flexibilität und paternalistische Fürsorge. Rein rechtlich waren diese Hütten, die da über Nacht erbaut wurden, illegal auf staatlichem Grund gebaut, und wäre es nur nach den Buchstaben der Gesetze gegangen, hätte jedes Mal der Bulldozer kommen müssen. Tatsächlich kamen die Bulldozer aber nur ganz selten, zumeist wurden die Slums erst einmal geduldet, die sich dann in wenigen Jahren in normale Stadtviertel umwandelten. Das geschah aber nicht wie in Deutschland durch sozialen Wohnungsbau – den gibt es in großem Umfang erst seit Amtsantritt der AKP 2002 –, sondern durch eine geschickte Mischung aus staatlicher Schenkung und privater Initiative.

Den Bewohnern der Hütten wurden, meistens während der

Wahlkämpfe – schließlich haben auch arme Leute eine Stimme an den Urnen –, Besitztitel für das Land, auf dem sie anfangs illegal ihre Hütte gebaut hatten, übereignet. Und als Grundstücksbesitzer wurden die Slumbewohner dann plötzlich für die Baubranche interessant. Die Umwandlung eines Slums in ein Viertel mit einer normalen Wohnbebauung von Billigappartements, die von der Stadtverwaltung dann nach und nach auch mit der nötigen Infrastruktur versorgt wurden, geschah immer nach einem ähnlichen Muster: Ein lokaler Bauunternehmer bot den Hüttenbesitzern an, auf ihrem Grundstück statt der Hütte ein Haus mit ungefähr sechs Wohnungen zu errichten. Weil Letztere das Grundstück einbrachten, bekamen sie nach Fertigstellung des Hauses zwei Wohnungen, die anderen vier Wohnungen waren der Gewinn des Unternehmers. Aus den bettelarmen Einwanderern vom Land waren so in relativ kurzer Zeit Wohnungsbesitzer geworden, die sogar eine Wohnung vermieten oder Verwandten aus dem Dorf, die ebenfalls in die Stadt kommen wollten, zur Verfügung stellen konnten. Diese Mischung aus Flexibilität und Paternalismus ist die Grundlage für die Organisation des türkischen Alltags.

Für Deutsche ist dieses System natürlich erst einmal sehr gewöhnungsbedürftig. Wer gewohnt ist, dass das Leben nach klaren Regeln verläuft und man eben »auf seinem Recht« bestehen muss, wenn man nicht unter die Räder kommen will, kann an der türkischen Realität schon mal verzweifeln. Wer beispielsweise ein Telefon beantragt, und dann darauf wartet, dass der Telefonanbieter endlich kommt, obwohl doch die Antragsgebühr bezahlt ist, hat mehr davon, sich um einen persönlichen Kontakt in die Behörde zu bemühen als einen Anwalt einzuschalten.

Was im Kleinen, im privaten Bereich, gilt, gilt in etwas abgewandelter Form auch im Großen. Ausländische Firmen, die vor allem in den ersten zehn Jahren der AKP-Regierung verstärkt auf den türkischen Markt drängten, haben oft enorme Anpassungsschwierigkeiten. Genehmigungsverfahren verzögern sich,

versprochene Infrastrukturmaßnahmen kommen nicht zustande, deutsche Firmenkultur und türkische Beschäftigte prallen aufeinander. Der langjährige Leiter des LKW-Werkes von Daimler-Benz in Aksaray, Hans Peter Heinstein, konnte dutzendweise Anekdoten über diese Schwierigkeiten erzählen. Ein Konflikt aus der Anfangsphase des Werkes in den früher 1980er Jahren macht besonders deutlich, welche unterschiedlichen Erwartungen bei einer solchen Industrieansiedlung aufeinanderprallen können. In der Türkei war es lange so, dass Staatsbetriebe, von denen es sehr viele gab, Leute nicht unbedingt nach ihrer Qualifikation, sondern nach einem Klientensystem einstellten, was mit der Loyalität bei Wahlen belohnt wurde. Der Bürgermeister von Aksaray, einer Stadt südöstlich von Ankara, erwartete deshalb von der Mercedes-Werksleitung, dass diese eine Reihe von vom Bürgermeister geschickten Leuten einstellte. Im Gegenzug würde die Gemeinde dann die benötigte Straße zum Werk bauen lassen. Als die Werksleitung sich empört weigerte, »unqualifizierte« Arbeiter einzustellen, präsentierte die Gemeinde einen Bebauungsplan, in dem die Straße mitten durch das Werk führte, was die Produktion natürlich stark behindert hätte. Solch einen Konflikt mit Hilfe von Anwälten vor Gericht lösen zu wollen wie in Deutschland, hätte vermutlich dazu geführt, dass die Produktion in Aksaray bald wieder eingestellt worden wäre. Heinstein hat eine türkische Lösung gefunden, und Mercedes macht in Aksaray mittlerweile prächtige Gewinne und ist längst zum größten Arbeitgeber der Stadt geworden.

Gewerkschafter beklagen allerdings, dass ausländische Konzerne im Zuge der Anpassung auch schnell dazu übergehen, sich gegenüber ihren Mitarbeitern genauso paternalistisch zu verhalten wie türkische Betriebe. Die restriktive Gewerkschaftsgesetzgebung wird von den ausländischen Konzernen voll ausgenutzt. Statt nach deutschen Gewerkschaftsrechten werden die Arbeiter genauso nach Gutsherrenart behandelt wie in türkischen Firmen auch.

Es gibt allerdings manche Schwierigkeiten für Ausländer und

ausländische Firmen in der Türkei, die nicht nur unterschiedlichen Traditionen geschuldet sind, sondern mit einem ideologisch bedingten, spezifisch türkischen Nationalismus zusammenhängen.

Der Gründungsmythos der türkischen Republik ist der Unabhängigkeitskrieg gegen die Besatzungsmächte im Anschluss an den Ersten Weltkrieg. Ein Credo der türkischen Politik ist seitdem Unabhängigkeit – nicht nur als politisch souveräner Staat, sondern möglichst auch auf wirtschaftlicher Basis. Die junge Republik entwickelte deshalb eine Art Staatskapitalismus, in dem alle Schlüsselindustrien staatlich waren und auch sonst fast alles strenger staatlicher Kontrolle unterlag. Jahrzehntlang blieb die türkische Ökonomie gegenüber dem Weltmarkt abgeschottet, die einheimische Währung Lira war nicht kompatibel, ausländische Konzerne wurden nur in wenigen Ausnahmefällen zugelassen. Anfang der 1980er Jahre riss der damalige Staatspräsident Turgut Özal dann das Steuer radikal herum, öffnete die Türkei für den Weltmarkt und machte die Lira zu einer konvertiblen Währung. Bis dahin durften Türken auch nur alle drei Jahre ins Ausland reisen und dafür dann bei der Staatsbank ausländische Währung erwerben. Ausländer kamen vor dieser Zeit selten ins Land. Die Türkei als Urlaubsparadies für den Massentourismus entstand erst auf der Grundlage der Liberalisierung unter Ministerpräsident Özal.

Diese Politik der Öffnung provozierte natürlich Reaktionen von Seiten der Verlierer. Große Staatsbetriebe wurden damals privatisiert und zerschlagen, die staatliche Bürokratie verlor an Einfluss, Quasimonopole sahen sich plötzlich scharfer Konkurrenz ausgesetzt. Die Gegenparole zu dieser Politik war der Vorwurf des »Ausverkaufs der Nation«. Die Diskussion ähnelte in einigen Punkten der in Osteuropa in der Nach-Sowjet-Ära, nur dass der Beutekapitalismus damals nicht solche Ausmaße annahm wie in der ehemaligen Sowjetunion. Nach den Wirren der 1990er Jahre, die dem Tod Özals 1993 folgten, haben wir heute

wieder eine mit der Özal-Ära vergleichbare Situation. Die seit 2002 regierende AKP mit Tayyip Erdoğan an der Spitze betreibt eine radikal neoliberale Wirtschaftspolitik und hat die unter Özal begonnene Privatisierung mittlerweile vollendet. Das Tafelsilber des Staates ist verkauft. Den Vorwurf der nationalistischen Rechten, die AKP betreibe den Ausverkauf des Landes an die EU, an die Amerikaner, an die Ausländer ganz allgemein, kontert die islamische AKP heute mit einer Synthese aus Islam und Nationalismus.

Denn in Sachen »Vaterlandsliebe« (Vatansever) wollen sich Erdoğan und seine Regierung von niemandem übertreffen lassen. Die Folge ist eine penetrante Zurschaustellung nationaler Symbole und eine gewisse Unklarheit gegenüber dem Ausland und den Ausländern. Die AKP wirbt um ausländisches Kapital, ist im Prinzip dafür, dass Ausländer ohne Beschränkungen Immobilien erwerben können und will vermehrt den Zuzug ausländischen Fachpersonals erleichtern. Gleichzeitig will man sich aber nicht dem Vorwurf des »Ausverkaufs des Landes« aussetzen, so dass es dann plötzlich in der Praxis für ausländische Firmen doch erhebliche Probleme geben kann oder Ausländer sich beim Erwerb von Immobilien doch mit schier unüberwindlichen Hürden konfrontiert sehen können.

Die Medien sind dabei ein getreues Spiegelbild dieser Zerrissenheit. Zwischen dumpfem Hurra-Nationalismus und klugen Analysen ist alles vertreten, oft sogar in derselben Zeitung. Die Türken sehen sich deshalb einem ständigen Wechselbad der Gefühle ausgesetzt. Will das Ausland – die EU oder die USA oder der Westen ganz allgemein – das Land spalten, wie oft und immer wieder geschrieben wird, oder wollen »wir« nicht selbst Teil dieser angeblich so schlimmen EU werden? Das führt zu merkwürdigen Situationen. Als ich meinem Friseur verriet, dass mein Job darin besteht, die Deutschen mit Nachrichten aus der Türkei zu versorgen, meinte er: »Na dann bist du ja ein Spion, oder?« Er wusste selbst nicht genau, ob er darüber lachen oder sich ernst-

haft Sorgen machen sollte, entschied sich dann aber dafür, dass ich doch sicher vor allem Gutes aus der Türkei berichten würde. Obwohl die meisten Türken grundsätzlich sehr kommunikativ und offen sind, dazu neigen, bei einer Fahrt im Überlandbus dem Sitznachbarn ihr gesamtes Leben auszubreiten, und erwarten, dass man auch selbst jederzeit alle Familiengeheimnisse preisgibt, ist diese Offenheit durch die Konflikte der letzten Jahre verunsichert worden.

Sicher auch dadurch, wie in Europa über eine mögliche türkische EU-Mitgliedschaft diskutiert wurde, beziehungsweise, was davon wie in der Türkei ankam. Als in den Jahren von 2003 bis 2007 ernsthaft über eine mögliche EU-Mitgliedschaft gesprochen wurde, waren die meisten Türken bereit zu akzeptieren, dass ihr Land noch enorme Anpassungsleistungen erbringen muss, wenn es EU-Mitglied werden will. Was aber bei den meisten Leuten auf zunehmende Verbitterung stieß, war die kulturalistische Debatte nach dem Motto: Die teilen unsere Werte nicht, die können nicht dazugehören. Denn was dabei selbstverständlich mitschwang, war, dass »unsere Werte« die besseren seien. Es ist kaum verwunderlich, dass sich viele Türken von solchem Gerede verletzt fühlen und diese Verletzung geradewegs in einen ansteigenden türkischen Nationalismus mündet.

Das Ergebnis war dann eine Außenpolitik, die sich immer mehr vom Westen abwandte und versuchte, im Nahen Osten eigene Einflussgebiete zu kreieren, was letztlich bis zu der gefährlichen Verwicklung in den Bürgerkrieg in Syrien führte.

Dass sich trotzdem die meisten Ausländer in der Türkei immer noch wohlfühlen, liegt daran, dass im alltäglichen Umgang von den politischen Schwenks in der Außenpolitik noch wenig zu spüren ist. Wenn man nicht gerade bei den zuständigen Behörden seine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung verlängern muss, ist man kaum von den nationalistischen Aufwallungen betroffen. Anders als ein Türke in Deutschland hat man keine Schwierigkeit, eine Wohnung zu mieten. Im Gegenteil, westliche Ausländer

gelten als verlässliche Zahler und werden als Mieter oft sogar lieber gesehen als die eigenen Landsleute. Auch im Arbeitsleben ist man als Europäer eher im Vorteil. Deutsche in der Türkei arbeiten entweder bei deutschen Firmenniederlassungen oder als gut dotierte Freiberufler. Seit die Türkei verstärkt im globalen Wettbewerb mitspielt, kommen auch zunehmend Leute ins Land, die in irgendeiner Weise an der Vermittlung und Integration in die Weltwirtschaft beteiligt sind. Immer mehr türkische Firmen agieren im Ausland, die Kontakte werden enger und Leute mit entsprechenden Fachkenntnissen werden gebraucht. Deutsche haben da nach wie vor einen guten Ruf, und mit keinem anderen europäischen Land sind die Verbindungen enger als mit Deutschland.

Das hat dazu geführt, dass die Anzahl der Deutschen, die in der Türkei leben, ständig größer wird. Sie unterteilen sich grundsätzlich in zwei Gruppen, die auch kaum etwas miteinander zu tun haben. Zum einen sind es deutsche Rentner, die ihren Lebensabend in der Türkei verbringen und sich am Mittelmeer, um Antalya und Alanya, angesiedelt haben. Es gibt keine genauen Zahlen, aber es dürften um die 30 000 Senioren sein, die mittlerweile überwiegend an der türkischen Riviera leben. Die zweite Gruppe sind die Deutschen, die in der Türkei arbeiten. Sie leben – mit wenigen Ausnahmen – in Istanbul. Auch hier gibt es keine genauen Zahlen, aber der Inhaber der deutschen Buchhandlung, Thomas Mühlbauer, schätzt, dass zwischen 30 000 und 35 000 Deutsche in Istanbul leben. Ausreichend Menschen, um die klassischen Strukturen einer Parallelgesellschaft zu bilden. Vom Kindergarten über die Schule bis hin zu bevorzugten Läden und Kneipen ist alles vorhanden, um sich in einem weitgehend deutschen Kosmos zu bewegen. Denn auch für viele Deutsche in der Türkei ist, wie umgekehrt für Türken in Deutschland, die Sprache eine echte Herausforderung und deshalb die Kommunikation mit den Landsleuten eben einfacher.

Als die Türkei Anfang des neuen Jahrtausends ihre wirtschaftlichen Probleme erstmals seit langer Zeit wieder in den

Griff bekam und über zehn Jahre stabile Wachstumsraten aufwies, war das Land auch für eine Rückwanderung von Türken aus Deutschland attraktiv. Immer häufiger tauchten Türken der dritten Generation, also die Enkel und Enkelinnen der ursprünglichen Einwanderer aus Berlin, Köln, Stuttgart oder Frankfurt, in Istanbul auf und suchten sich hier qualifizierte Jobs, an die sie in Deutschland nach wie vor schwer herankommen. Viele von ihnen pendeln zwischen der Türkei und Deutschland und halten sich so beide Optionen offen.

Seit die gesellschaftlichen Spannungen durch die konfrontative Politik der AKP gegenüber dem säkularen Teil der Gesellschaft und der kurdischen Minderheit wieder stark zugenommen haben, hat die Türkei in den Augen vieler Deutschtürken jedoch an Attraktivität verloren. Wenn es eine Rückkehroption nach Deutschland gibt, wird sie häufig eingelöst. Da auch der Wirtschaftsboom erst einmal vorbei ist, hört man jetzt eher wieder von türkischen Universitätsabsolventen, die dringend nach einer beruflichen Chance im Ausland suchen.